Almut Peukert, Martin Seeliger, Heike Jacobsen

Call for Papers: Arbeiten in der Corona-Krise

https://doi.org/10.1515/arbeit-2020-0012

Die Folgen der Corona-Pandemie verändern die soziale Ordnung von Produktion und Reproduktion. Die Auswirkungen der Krise erstrecken sich auf die Arbeitsmarktdynamik, die innerbetriebliche Strukturierung von Erwerbsarbeit, die Anforderungen an vielen Arbeitsplätzen sowie die Verteilung und Anerkennung von bezahlter und unbezahlter Carearbeit. Hierbei zeichnen sich strukturelle Veränderungen in der gesellschaftlichen Organisation produktiver und reproduktiver Arbeit ab: Dies- und jenseits von Kapitalverhältnissen, wie und von wem werden Leistungen erbracht, die benötigt werden? Und wer ersetzt wen, wenn Gesundheitsschutz, Nachfrageschwankungen und veränderte Zeitregime die Anforderungen an Arbeit verändern?

Durch die pandemiebedingte Priorisierung und massive Einschränkung des Arbeitsmarktgeschehens ist die Frage nach der „Systemrelevanz" bestimmter Berufe und deren mangelnder finanzieller wie kultureller Anerkennung in den öffentlichen Diskurs gelangt. Debattiert wird eine Zunahme von Geschlechterungleichheiten durch die ‚Privatisierung' bzw. Re-Familialisierung von Betreuung und Bildung durch die (Teil-)Schließung von Kitas, Schulen und anderen Einrichtungen.

Eine (zunehmende) Prekarisierung von Erwerbsarbeit ist nicht nur in der Kurzarbeit und bei Solo-Selbstständigkeit, sondern auch angesichts der transnationalen Verflechtungen des Arbeitsmarktes wie aktuell in der Spargel- und Fleischwirtschaft sowie im Pflegesektor zu beobachten. Die Möglichkeiten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Zugang zu Ausgleichszahlungen zu erlangen, sind sehr ungleich verteilt. Mit Blick auf soziale Ungleichheit ist es von besonderem Interesse, die Folgen von Kurzarbeitsregelungen für Beschäftigte mit ohnehin geringen Löhnen, die Folgen kurz- wie langfristiger Erwerbsverbote für bestimmte Branchen (wie die Sexarbeit) sowie die Folgen der Krise für erwerbslose Lohnabhängige zu untersuchen.

Prof. Dr. Almut Peukert, Dr. Martin Seeliger, Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Welckerstraße 8, 20354 Hamburg, Deutschland. E-Mail: almut.peukert@uni-hamburg.de, martin.seeliger@uni-hamburg.de
Prof. Dr. Heike Jacobsen, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg, Lehrstuhl Wirtschafts- und Arbeitssoziologie, Erich Weinert Str. 1–2, 03046 Cottbus, Deutschland. E-Mail: heike.jacobsen@b-tu.de

Auch in der betrieblichen Organisation von Arbeit wurden plötzliche Veränderungen durchgesetzt, deren mittel- und langfristige Folgen für die zukünftige Gestaltung von Arbeit bedeutsam sein dürften. Am auffälligsten sind dabei die neuen Erfahrungen mit der Digitalisierung der Arbeit, wie sie insbesondere von der weiteren Institutionalisierung des ‚Homeoffice' erwartet werden.

Weiterhin stellt sich die Frage nach Veränderungen in der bzw. für die betriebliche/n Interessenvertretung, u.a. als Folge von Kurzarbeitsregelungen, Einschränkungen von Austausch- und Entscheidungsmöglichkeiten durch Verbote von Präsenzsitzungen, aber auch neuen Möglichkeiten durch digitale Kooperation.

Zudem sind die Entwicklungen am Arbeitsmarkt in einer international vergleichenden Perspektive einzuordnen, u.a. mit Fokus auf neu entstehende oder sich verschärfende soziale Ungleichheit durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Kurzarbeit. Dabei ist auch zu berücksichtigen, inwiefern ehrenamtliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement unter Krisenbedingungen wohlfahrtsstaatlich organisierte Aufgaben in zunehmendem Maße zu substituieren droht.

Aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive erscheinen die Folgen der Corona-Krise für Arbeit in den Sphären Produktion und Reproduktion nicht auf die unmittelbaren Maßnahmen des Gesundheitsschutzes reduzierbar. Vielmehr sind sie im Kontext umfassender Prozesse institutionellen Wandels – der Digitalisierung, Kommodifizierung, Globalisierung/europäische Integration und der Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen – zu verorten.

Der interdisziplinäre Zuschnitt der Arbeitsforschung eröffnet eine Perspektive, um die Restrukturierung von Arbeit in der Corona-Krise unter Aspekten sozialer Ungleichheit umfassend zu analysieren und diskutieren. Vor diesem Hintergrund möchten wir zum geplanten Heft Beitragende aus den Feldern Arbeits- und Industriesoziologie, Geschlechterforschung, Arbeitspsychologie, Politikwissenschaft, aber auch Betriebswirtschaftslehre sowie Arbeits- und Ingenieurwissenschaft dazu einladen, Textvorschläge zu den folgenden (oder angrenzenden) Themenpunkten aus theoretischer, empirischer, national, transnational oder international vergleichend gerahmter Forschungsperspektive einzusenden:

- Welche strukturellen Verschiebungen im Arbeitsmarkt treten in der Pandemie auf?
- Wie verändern sich transnationale Beschäftigungssysteme und Arbeitsmärkte infolge von nationalen Arbeits- und Einreisebeschränkungen bzw. -verboten?
- Welchen Logiken folgt die soziale Konstruktion von Berufen als „systemrelevant" im Rahmen der Care-Krise in pandemischen Zeiten?

- Welche Erkenntnisse versprechen vergleichende Perspektiven auf Branchen, Regionen, Länder oder Ländergruppen?
- Welche Muster zeigt die Digitalisierung von Arbeit und Erwerb unter Bedingungen des neuen Gesundheitsschutzes?
- Wie beeinflusst die Pandemie die geschlechterdifferenzierende Arbeitsteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Entwicklungstendenzen von Re-Traditionalisierung und Egalisierung?
- Was sind Folgen dieser Wandlungsprozesse für die betriebliche Mitbestimmung und Interessenvertretung?

Erwünscht sind theoretische ebenso wie empirische Beiträge.

Bitte senden Sie ein ca. ein- bis zweiseitiges Abstract zu Ihrem Beitragsvorschlag bis spätestens 15. Januar 2021 an die Herausgeber*innen des Schwerpunkthefts: almut.peukert@uni-hamburg.de, martin.seeliger@uni-hamburg.de, heike.jacobsen@b-tu.de, sowie in CC an die Redaktion der Zeitschrift ARBEIT: frank.seiss@isf-muenchen.de. Sie erhalten von uns eine Rückmeldung bis zum 15. Februar 2021. Abgabetermin für Manuskripte mit maximal 45.000 Zeichen ist der 1. Juni 2021. Die Beiträge sind vorgesehen für das Heft 4/2021 der ARBEIT.